

Nach uns die Sintflut?

Alternativen zu einer zerstörerischen Wirtschaftspolitik

Vortragsmanuskript von Dr. Wolfgang Kessler

Eigentlich müssten wir Zypern, Griechenland, Berlusconi oder Spanien dankbar sein. Gäbe es nämlich die Eurokrise nicht, dann wäre doch für viele alles wieder in Butter. Die Banken machen Gewinne, die Konsumenten kaufen, die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit geht zurück, die Steuereinnahmen sprudeln. Krise war gestern, heute ist Aufschwung. Auch global herrscht eitel Sonnenschein: In den Schwellenländern ist der Lebensstandard von 400 Millionen Menschen in zehn Jahren stark gestiegen.

Lohnt es sich da überhaupt, über Alternativen zu unserer Wirtschaftspolitik nachzudenken?
Ich meine: Ja. Wir müssen dies sogar.

Damit es keine Missverständnisse gibt: Auch ich habe nichts gegen gute Nachrichten. Auch ich finde einen Aufschwung besser als eine Krise. Und wer wäre nicht froh über die Botschaft, dass es in vielen Ländern des Südens mehr Menschen besser geht. Wer allerdings behauptet, dass die Probleme, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise offenkundig wurden, einfach durch einen Aufschwung oder durch mehr Welthandel gelöst würden, lässt sich täuschen oder will getäuscht werden.

Für kurze Zeit schien so, als wäre die Politik bereit, aus dieser Krise zu lernen. Zum Beispiel Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble: »Dies ist die erste globale Krise, die die freiheitliche und soziale Wirtschaftsordnung bedroht. Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir brauchen endlich eine nachhaltige Wirtschaftspolitik.«

Doch seit Monaten zeigen die Verantwortlichen, dass sie es sehr wohl können – zur Tagesordnung übergehen. Politik und Wirtschaft handeln längst wieder nach ihrer Logik aus dem letzten Jahrhundert: Mehr arbeiten, mehr produzieren, mehr kaufen, mehr Welthandel – weiter so und alles wird gut. Das wird es nicht. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist Ausdruck einer Zeitenwende. Das gewohnte Denken, wonach Weitermachen wie früher alle Probleme löst, trägt nicht mehr. Das zeigt sich daran, dass sich hinter den oberflächlichen Erfolgsmeldungen tiefe Probleme verbergen – in Deutschland und weltweit.

Beginnen wir in Deutschland. Trotz guter Wirtschaftsdaten wird die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern im reichen Deutschland immer tiefer. Ein Viertel der Deutschen ist vom Wohlstand abgehängt, darunter 2,6 Millionen Kinder. Die zehn Prozent reichsten Haushalte besitzen Jahr für Jahr mehr vom privaten Gesamtvermögen: Inzwischen sind es 60 Prozent. 50 Prozent der Bevölkerung teilen sich ein Prozent des Vermögens. Die Altersarmut wächst. Der Arbeitsmarkt hat sich erholt. Aber er zerfällt er in Minijobs, Midijobs, Honorarverträge, Leiharbeiter, neue Selbstständige, Projektarbeit; fast jeder zweite Arbeitnehmer unter 30 hat einen befristeten Arbeitsvertrag. Die befristeten Arbeitsverhältnisse und die Leiharbeit schaffen Industrie-Nomaden: Heute hier, morgen dort. Stabile Partnerschaften, ein Leben mit Kindern oder gesellschaftliches Engagement sind so nicht zu erwarten.

Wie sehr die Wirtschaft ein Eigenleben führt, das wird nirgendwo so deutlich wie im Finanzsystem. Es dient längst nicht mehr in erster Linie dazu, Unternehmen oder Privatleuten für Unter-

nehmungen Geld gegen Zinsen zu leihen. Es geht darum, durch Verkauf und Spekulation von und mit Geld möglichst schnell mehr Geld zu machen – ohne dass Häuser, Firmen und andere Werte entstehen. Dieses spekulative Karussell dreht sich immer schneller, inzwischen werden an den Börsen 100.000 Wertpapiere pro Millisekunde an den Börsen getätigt, ohne menschlichen Zugriff – alles über Computer. Wer jedoch glaubt, die Menschen hätten mit all dem nichts zu tun, täuscht sich. Während jeden Tag 4000 Milliarden durch das Finanzsystem geistern – immer auf der Suche nach höchst möglichen Renditen, fehlt es in Kindergärten, Schulen, Pflegeheimen, Jugendzentren, Kommunen hierzulande ebenso an Geld wie für Strategien zur Bekämpfung der Armut oder für den Schutz des Weltklimas.

Weltwirtschaftlich haben 300 bis 400 Millionen Menschen von der Globalisierung profitiert. Doch nirgendwo ist die Kluft zwischen Reich und Armut so frappierend wie in der Weltwirtschaft: In den Steueroasen bunkern 100.000 reiche Anleger rund 21.000 Milliarden Dollar – das ist mehr als die Wirtschaftsleistung der USA. Ein Weltkonzern wie Apple machte im vergangenen Jahr 28,7 Milliarden Dollar Gewinn und zahlte 556 Millionen Dollar Steuern – ein Satz von 1,9 Prozent. Gleichzeitig leben immer noch zwei Milliarden Menschen von weniger als zwei Dollar am Tag. Zum Vergleich: Jede Kuh in Europa wird mit umgerechnet 2,66 Dollar pro Tag subventioniert. Eine Milliarde Menschen hungert, obwohl es genügend zu essen gibt. Aber 30 Prozent der Nahrungsmittel sind Futtermittel für Tiere, viele Nahrungsmittel werden durch Spekulation verteuert. Und die Lebensbedingungen für die 800 Millionen Kleinbauern werden schlechter, weil Landkäufer im vergangenen Jahrzehnt die Flächen erworben haben so groß Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Italien, Belgien und die Niederlande zusammen. Sie produzieren für die Märkte der Reichen und vertreiben die Kleinbauern.

Gleichzeitig breitet sich im Süden und Osten der Welt jener industrielle Turbokapitalismus aus, den die Industrieländer zur Perfektion entwickelt haben: Automobilität, Kohlekraft, Atomkraft, hoher Ressourcenverbrauch. Natürlich hat der Süden dazu so lange das Recht, wie wir uns das Recht nehmen. Doch klar ist: Die Welt hält es nicht aus, wenn alle Menschen so viel Auto fahren wie Amerikaner und Deutsche. Die Rohstoffe werden knapp, das Klima wird wärmer, es gibt Kriege um Rohstoffe, Millionen fliehen aus ihrer Heimat.

Wir leben nach dem Motto: Nach uns die Sintflut. Alle machen weiter wie immer, obwohl sie wissen, dass es so nicht weitergeht. Bleibt da noch was außer Verzweiflung? Die Antwort: Durchaus. Denn nicht alle machen weiter wie bisher. Ich erlebe auf meinen Reisen, was Menschen bei aller Apathie noch auf die Beine stellen, welchen Mut sie noch haben.

Begleiten Sie mich zu sechs Reisezielen.

1. In Basel führte die Regierung des Kantons zur Jahrtausendwende eine Strompreisabgabe ein. Die Überlegung: Teurer Strom wird gespart. Großes Problem: Was machen die Ärmere, wenn der Strom teurer wird? Sie entwickelten eine originelle Lösung, die es nie vorher gab: Die Einnahmen werden an die Bürgerinnen und Bürger sowie an die Unternehmen zurückgegeben und zwar unabhängig von deren Stromverbrauch. Mitte jeden Jahres erhält jeder Basler Bürger und jedes Unternehmen einen festen Betrag pro Kopf und Beschäftigten. Dieses System enthält eine klare Botschaft: Wer wenig Strom verbraucht, zahlt weniger, erhält aber gleich viel zurück wie sein verschwenderischer Nachbar. Ergebnis: Der Stromverbrauch ging zurück. Und das System ist gerecht. Es zeigt: Klimaschutz und Gerechtigkeit sind möglich.

2. GLS ist der Name einer Bank. Das heißt Geben Leihen Schenken. Die Bank wurde vor 35 Jahren von jungen Bankern gegründet. Für sie sind Banker nicht Renditemacher, sondern Möglichmacher, sagte mir einmal GLS-Chef Thomas Jorberg. Die Bank zahlt Zinsen wie andere Banken, doch sie spekulieren nicht mit dem Geld ihrer Kunden, sie finanzieren keine Waffen, keine Umweltzerstörung. Sie sagen allen genau, was sie mit ihrem Geld machen. Und alle Kunden können entscheiden: ob die Bank mit ihrem Geld Kindergärten und Schulen, neue Unternehmen, Handwerker Biohöfe, erneuerbare Energieträger, Wohnprojekte für ältere Menschen, junge Musiker oder Obdachlose fördern wollen. Dies zeigt: Man kann mit Geld anders umgehen als das üblich ist. Und dieser Umgang ist erfolgreich. Vor fünf Jahren hatte die Bank weniger als 50.000 Kunden – jetzt hat sie mehr als 100.000.

3. Einen anderen Aufbruch schildert die Stadt Neuss: Sie ist seit 2006 eine besonders Kommune: Seit diesem Jahr berücksichtigt die Stadt bei allen öffentlichen Ausschreibungen soziale und ökologische Kriterien. Ob Pflastersteine für den Marktplatz, Handwerksarbeiten in Schulhöfen, Kaffee in den Rathäusern – Pflastersteine aus Kinderhand, Betriebe ohne tarifliche Bezahlung und Billigkaffee haben keine Chance. Das ist gut für Handwerker aus Indien, Arbeitnehmer aus Deutschland und Kleinbauern aus dem Süden. Inzwischen machen das 250 Kommunen. Man stelle sich nur vor, alle 11.000 deutschen Kommunen würden so einkaufen. Das wäre eine Nachfrage von 360 Milliarden Euro nach Gerechtigkeit und Umweltschutz? Man stelle sich vor, alle Kirchengemeinden würde so einkaufen, dann wäre diese eine jährliche faire Beschaffung von mehreren Milliarden.

4. Das nächste Reiseziel könnte lauten: Costa Rica – Deutschland. Ich treffe Orlando Rojas. Er baut auf sieben Hektar Land Bio-Ananas an, nach den Kriterien des fairen Handels. Er ist inzwischen einer der glücklichsten Kleinbauern in Costa Rica. »Wir profitieren vom besseren Verkaufspreis, leben besser als unsere Nachbarn und schützen unsere Erde – für die Zukunft meiner Kinder«, sagt er mir. Seine Nachbarn produzieren Ananas für den Weltmarkt – und stecken fast alle in der Schuldenfalle, wegen der enorm teuren Pestizide. Ananas brauchen 15mal so viele Pestizide wie andere Anbauprodukte. Orlando Rojas lebt eine der vielen Erfolgsgeschichten des fairen Handels. Er ist einer von 1,5 Millionen Kleinbauern, die vom fairen Handel profitieren – und damit vom Engagement vieler Überzeugungstäter in den Industrieländern.

5. Der fünfte Blick geht in das Armenviertel Conjunto Palmeiras der Millionenstadt Fortaleza im Nordosten Brasiliens. Dort stellten der Bürgermeister und kirchliche Aktivisten Ende der 1990er-Jahre fest, dass die Menschen immer mehr verarmen. Geschäfte gab es so gut wie keine mehr. Dann gründeten kirchliche Aktivisten die Gemeindebank »Banco Palmas« und schufen eine lokale Währung mit dem Namen »Palmas«. Sie ist nur in Geschäften des Stadtviertels gültig – und dort mit einem Rabatt von fünf Prozent verbunden. Alle Bewohner können zudem kleine Beträge in Palmas zinsfrei leihen, um Waren zu kaufen, ein kleines Gewerbe aufzubauen oder das eigene zu renovieren. Die Bürger können staatliche Leistungen in Palmas abrechnen, die Stadtverwaltung bezahlt manche Rechnungen ebenfalls in Palmas. Inzwischen haben die Palmas das Stadtviertel verändert. Da Palmas nur dort ausgegeben werden können, blühte die lokale Wirtschaft wieder auf. 250 Geschäfte und Handwerksbetriebe gibt es inzwischen wieder. Sie bezahlen auch untereinander in Palmas. Innerhalb von zehn Jahren entstand wieder ein lokales Netz von Konsumenten und Kleinbetrieben in Conjunto Palmeiras – und dieser Kreislauf schuf neue Jobs. Der Lebensstandard ist gestiegen. Fernando de Melo, der Vertreter des Bischofs vor Ort, sagt: »Die Palmas bleiben im Viertel. Das heißt: Selbst wenn es

draußen kracht, bleibt unser wirtschaftliches und soziales Netz erhalten.« Was wäre mit solch einem Geldsystem in vielen Regionen Zyperns oder Griechenlands möglich, bedenkt man, dass allein in Athen jedes vierte Geschäft geschlossen hat.

6. Dann reisen wir in einen anderen Teil der Erde, nach Namibia, konkret in das Dorf Otjivero. Dort veranstaltete die Evangelische Kirche eine einmalige Aktion. Zwei Jahre lang erhielten alle 1200 Bewohner unter 60 Jahren des Dorfes Otjivero im Osten von Namibia umgerechnet zehn Euro pro Monat – das entspricht etwa der Kaufkraft des Hartz-IV-Satzes von 357 Euro. Das Ergebnis dieses Experiments ist überraschend. Die zehn Euro haben die Dorfbewohner richtig aufgeweckt. Die geschäftlichen Aktivitäten nahmen rasant zu – vom Brotbacken über einen Kaufladen bis hin zu Reparaturarbeiten aller Art. Inzwischen besucht jedes Kind eine Schule, zuvor waren es weniger als die Hälfte – die Eltern hatten einfach nicht das Schulgeld. Gleichzeitig wuchs unter den Bewohnern das Selbstbewusstsein jener, die bisher wenig zu sagen hatten: der Frauen. Manche – vor allem jüngere – Männer verkräfteten das Grundeinkommen anfangs nicht. Sie haben es gleich nach Erhalt versoffen. Die Verantwortlichen mussten einschreiten: Sie haben das Grundeinkommen nur noch wöchentlich ausgezahlt – zudem erhalten die Mütter das Geld für alle ihre Kinder. Danach hat sich die Lage beruhigt. Insgesamt hat sich das Lebensniveau in dem Dorf deutlich verbessert – und der Zusammenhalt auch. Man stelle sich dies in einem afghanischen Dorf vor. Da würde mehr Demokratie und Gerechtigkeit entstehen, als dies Militär je schafft. Leider droht die Initiative nun zu versiegen, denn die namibische Regierung will das Geld für ein nationales Grundeinkommen nicht über Steuern aufbringen.

Es gibt sie also, jene Menschen, die als Verbraucherin Unternehmer, Politiker, Banker sagen: ein anderes Wirtschaften ist möglich. Viele werden sagen, das sind alles Inseln im Meer des Gewinnmaximierungs-Kapitalismus. Das stimmt. Und das hat einen Vorteil und einen Nachteil. Der Vorteil ist, dass diese Inseln im Kleinen zeigen, was im Großen möglich wäre. Das beliebte Argument – das geht doch nicht - wird entkräftet. Aber diese Inseln zeigen auch die Grenzen von einzelnen Modellen. Es reicht nicht, wenn 250 Städte ökofair einkaufen – und die anderen nicht. Es reicht nicht, wenn es eine gute Bank gibt, solange das Finanzsystem auf Rendite beruht. Jedes verkaufte Pfund fair gehandelten Kaffee ist wichtig. Und doch macht der faire Handel nur ein Prozent des Welthandels aus.

Gute Inseln sind wichtig, aber zur Veränderung des Festlandes braucht es mehr. Nämlich eine Politik, die eben jene sozialen und ökologischen Prinzipien fördert, die auf diesen Inseln herrschen. Und das ist möglich. Stellen Sie sich für eine Viertelstunde vor, die Politik würde wirklich Veränderungen wollen – dann bieten sich fünf zentrale Schritte an – national und international:

1. Schritt ist eine gerechtere Verteilung des Reichtums in Deutschland

Deutschland hat hohe Schulden, viel soziale Ungerechtigkeit und viel Bedarf zu investieren. Diese Ziele kann man nicht erreichen, wenn der Reichtum immer weniger investiert, sondern immer mehr verspekuliert wird. Deshalb muss eine aktive Politik schaffen, was der freie Markt nicht schafft: nämlich mehr Geld in die Menschen zu investieren. Dafür braucht es den Mut zu einer Vermögensabgabe, zu einem höheren Spitzensteuersatz, zu höheren Steuern auf hohe Erbschaften und auf den Luxuskonsum. Dann kann der Staat mehr in die Zukunft investieren: in Forschung und Entwicklung; in Bahn, Rad und Busse, in eine umweltverträgliche Energiewende, in sozialverträgliche Wohnungen, in die Betreuung von Kindern aus prekären Verhältnissen. Und nur mit höheren Einnahmen kann der Staat Benachteiligte besser absichern, Familien fördern und eine

Mindestrente finanzieren. Dann würde die Kluft zwischen wachsendem privatem Reichtum und öffentlicher Armut geringer, das Land gerechter. Und sorgen wir dafür, dass sich diese Politik auch international durchgesetzt wird. Beginnen wir in der Europäischen Union. Schaffen wir in allen Ländern gesetzliche Mindestlöhne. Trocknen wir die Steueroasen in der Union aus, schaffen wir Mindeststeuern in allen Ländern und sorgen wir dafür, dass alle Finanzämter anderen Finanzämtern Auskünfte über Steuerflüchtlinge erteilen. Dann wird Europa gerechter.

2. Schritt: Einstieg in eine ökologische Wirtschaftsweise, die dennoch gerecht ist

Stellen Sie sich folgendes vor. Die Regierung erhebt Abgaben auf Sprit, auf Heizöl, auf Erdgas, auf Kerosin, auf endliche Rohstoffe. Und nehmen wir weiter an: die Regierung gibt die Einnahmen aus den Ökoabgaben an die Bürger zurück – wie in Basel. Dann erleben wir, wovon Wolfgang Schäuble träumt: eine nachhaltige Entwicklung: Unternehmen und Privathaushalte, die Ressourcen sparen, werden mehr vom Staat herausbekommen, als sie über die Ökoabgaben bezahlen. Und so umweltgerecht wirtschaften wie möglich. Deutschland wird zum Vorreiter eines neuen Wirtschaftsmodells, das mit weniger Ressourcen auskommt und trotzdem gerecht wirtschaftet.

3. Schritt: Ein neuer Umgang mit Geld

Mehr Sicherheit, die Einschränkung von Spekulationen, eine Entschleunigung auf den Finanzmärkten und nachhaltige Banken müssen dafür sorgen, dass das Geld wieder der realen Wirtschaft dient und nicht der Spekulation. Eine der wichtigsten Regeln sind höhere Eigenkapitalvorschriften für die Banken – vor allem für besonders riskante Geschäfte. Wenn es um ihr eigenes Geld geht, dann werden die Banken vorsichtiger. Regulierung meint auch Verbote extremer Formen von Spekulation wie jener mit Nahrungsmitteln. Und wir brauchen eine Finanzumsatzsteuer, die kurzfristige spekulative Geldbewegungen belastet. Und wir brauchen Banken, die ihre Kunden mitentscheiden lassen, wohin sie deren Gelder investieren – und regionale Geldsysteme, die die regionale Wirtschaft fördern – in Nord und Süd.

4. Schritt: Globalisierung der Wirtschaft braucht globale Politik

Oder die Weltkonzerne beherrschen die Welt – wie heute. Natürlich ist es wichtig, dass Kunden fair gehandelte Waren kaufen, zertifizierte Kleidung und Teppiche ohne Kinderarbeit. Allerdings kann diese keine neue internationale Politik ersetzen. Erst wenn sich die Politik an einem fairen Welthandel orientiert und nicht allein an einem freien, wird die Welt insgesamt fairer. Sorgen wir also dafür, dass nur Länder am internationalen Handel teilnehmen dürfen, die soziale Mindestauflagen einhalten, so dass nicht mehr billige Grabsteine, billiger Kaffee oder billige T-Shirts oder andere Waren auf unsere Märkte kommen, die nur deshalb so billig sind, weil die Beschäftigten so wenig bekommen. Und warum ist es heute möglich, ein Land zu Bußgeld zu verteilen, wenn es Waren aus anderen Ländern die Einfuhr verweigert, während Billigwaren ohne Kontrolle eingeführt werden können.

5. Schritt: Ein sozial-ökologischer Marshallplan

Stellen wir uns vor, die wichtigsten Industrieländer schaffen es tatsächlich, eine Finanzmarktsteuer einzuführen, um Spekulationen zu besteuern. Und stellen wir uns weiter vor, ein Teil der Einnahmen fließt in einen globalen Marshallplan, wie ihn zehntausende Experten fordern. Dieser Marshallplan könnte dieses Geld gezielt investieren, um in armen Regionen Einkommen zu schaffen – durch regionale Währungen, zinsfreie Kredite oder durch Modelle eines Grundeinkommens. Und es könnte wirklich in eine nachhaltige Entwicklung investiert werden: in die Versorgung mit sauberem Trinkwasser und vor allem in die Verbreitung der Solarenergie und Wind-

energie. Dann wäre auch im Süden der Welt eine nachhaltigere Entwicklung möglich – eine Entwicklung, die die Welt nicht zerstört.

Stellen Sie sich nur für einen Augenblick vor, diese fünf Schritte wären Wirklichkeit, dann würde die Welt anders wirtschaften: Jetzt hat ein reiches Land den Mut, den Reichtum gerechter zu verteilen. Jetzt sind alle Menschen bei der Arbeit, im Alter vor Armut sicher. Jetzt sorgen Ökoabgaben dafür, dass wir alle so leben und wirtschaften, dass unsere Kinder und Enkel auch noch in Würde leben können – hier und überall auf der Welt. Jetzt haben wir ein Finanzsystem, das den Menschen dient und nicht umgekehrt. Jetzt versucht eine international koordinierte Politik, die sozialen und ökologischen Prinzipien des fairen Handels in politische Regeln zu gießen. Jetzt fördert ein globaler Marshallplan eine Wirtschaftsweise, die eine Entwicklung möglich macht, ohne die Welt zu zerstören. Jetzt lebt die Welt nicht mehr nach dem Prinzip: Nach mir die Sintflut. Jetzt gibt es Alternativen zu einer zerstörerischen Wirtschaftspolitik.

Bleibt die Frage: Wie kommen wir dahin? Erstens, indem wir uns selbst verändern, dort, wo wir leben: Es gab noch so viele fair gehandelte Waren; es gab noch nie so viele ökologisch produzierte Waren, es gab noch so viele Möglichkeiten, sein Geld ethisch anzulegen; wir können entscheiden, woher wir den Strom beziehen; noch nie hatten Kirchengemeinden oder Städte so viel Macht, zu entscheiden, ob sie billig einkaufen oder ökofair. All das ist möglich. Aber: Eine bessere Welt kaufen und ersparen, ist wichtig. Dennoch reicht es nicht. Es braucht gerechtere und nachhaltige politische Rahmenbedingungen. Es gilt, die Politik zu verändern. Die Frage ist nur, wie?

Wichtig ist die Erkenntnis, dass sich die Politik nur bewegen wird, wenn sich die Bürger bewegen. Weil Bürgerinnen und Bürger jahrzehntelang gegen Atomkraft demonstriert und mobilisiert haben – ohne Angst, gemeinsam, vernetzt, entschied sich die Politik nach der Katastrophe von Fukushima zur Umkehr, zur Abkehr von Atomkraft, zur Energiewende. Das zeigt: Wenn Menschen aktiv werden, ihre Ängste überwinden, vernetzt, gemeinsam realistische Alternativen denken und leben, dann bereiten sie den Boden für Veränderungen. Das ist in der Energiepolitik so – und das ist auch im fairen Handel so. Schön wäre nur, wenn die Politik nicht für jede Umkehr eine große Katastrophe brauchen würde.

Dr. Wolfgang Kessler
Chefredakteur von Publik-Forum

www.twitter.com/wolfgangkessler

Kessler: »Zukunft statt Zocken.
Gelebte Alternativen zu einer entfesselten Wirtschaft«
Publik-Forum Verlag, Oktober 2013

Kessler: »Geld regiert die Welt. Wer regiert das Geld?«
Publik-Forum Verlag, November 2011

Kessler/Schneeweiß: »Geld und Gewissen«
Publik-Forum Verlag, Mai 2010

www.publik-forum.de/shop